

Annahme von Anzeigen Stohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidenbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Bernmann, Cbersfeld W. Thienes, Greifswald C. Mies, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Deutscher Reichstag.

Das Haus erledigt zunächst einige Rechnungs-  
sachen und fährt sodann in der ersten Beratung  
der Justiz-Novelle fort.

Abg. Mintzen (Zr.): Ich kann es  
nicht so traglich nehmen, wenn die Regierung  
die Beschlässe der vorjährigen Kommission nicht  
ohne Weiteres angenommen hat. Mit Freuden  
begreüßte ich die Auscheidung der Privatanklage.  
Dagegen vermißte ich, daß es gegen Urtheile  
von Geschworenengerichten keine Berufung  
gibt, und nicht bei Vorliegen neuer, noch nicht ge-  
würdiger Thatfachen. Wenn Sie bedenken, daß  
es in Fällen kleiner Uebertretungen Berufung  
gibt, so werden Sie meine Erwartung berechtigt  
finden, daß die Kommission auf diesen Punkt ihr  
Augenmerk richten möge!

Wg. Lenzmann (fr. Volksp.): Ich kann nur bedauern, daß es nicht schon im Vorjahre gelungen ist die Wiedereinführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter durchzuführen. Man hätte sehr wohl den Reichstag damals vertagen und alsdann den Sommer an diese beiden wichtigen Fragen setzen können. Insbesondere gegen unsere Strafrechtspflege besteht ein Mißtrauen in weiten Kreisen. Ist es doch, als ob unsere höchsten Gerichte Verurtheilungen wollten und demgemäß die Wissenschaft handhaben. Auch die jetzt geplanten formellen Änderungen werden an diesem Geiste unserer Rechtsprechung nicht ändern, denn es handelt sich dabei um die materielle Rechtsprechung. Ich will an die Aera der Majestätsbeleidigungen nicht erinnern, denn darüber zu sprechen, wird sich eine andere Gelegenheit finden. Die Rechtsprechung des OLGs eventually aber — das Volk versteht sie einfach nicht. Ist es doch soweit gekommen, daß die Satire sich dieser Rechtsprechung bemächtigt. Das Volk versteht es auch nicht, wenn jemand, wie in Hannover, zu drei Monaten verurtheilt wird, denn man in der Hammerstein-Angelegenheit wegen der durch ihn veranlaßten Aufhebung der Grafen Finkenstein dort vernommen, so würde doch auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft — ich will Herrn Dreißer nicht tadeln — in etwas anderem Lichte erscheinen sein. Und wie soll man es verstehen, wenn Graf Kautz noch zweimaliger Lobung zum Verhör nicht erscheinen ist. Sollte es sich um einen anderen, gewöhnlichen Mann gehandelt, einen Sozialdemokraten, Fortschrittler, oder auch nur einen Bürger oder Bauer, den hätte man gewiß ganz anders verfahren lassen. Wie konnte man überhaupt einen vornehmen Urkundenfälscher monatelang edapieren lassen. Was die Vorlage anlangt, so erkenne ich an, daß die Regierung die vorjährigen Kommissionsbeschlüsse verifiziert hat. Es sind der Vorlage die reaktionären Gisthäre ausgezogen worden, so daß sie politisch acceptabler geworden ist. Ich erkenne das dankbar an. Auch bezüglich der Vertheidigung hat eine Reihe unserer Wünsche Vertheidigung gefunden; insgesamt ist dies in nicht weniger als 17 Punkten geschehen. Bedauerlich bleibt immerhin, daß in anderen Punkten die Regierung nicht nachgegeben hat, so in Bezug auf das Forum für Preßvergehen. Ich hoffe, hier wird die Kommission nachhaken, damit nicht die Presse wie ein gekerkertes Wild von Ort zu Ort belangt werden kann. Ebenfalls muß der Zeugniszwang für untergeordnete Angehörige der Presse aufhören. Ein anderer Punkt, an dem eventuell die Vorlage scheitern könnte und den die Kommission fortzuschaffen muß, ist die Beschränkung der Beweisaufnahme, der Beweismittel. Zu vernünft ist in der Vorlage die Gleichstellung des Vertheidigers mit dem Staatsanwalt, die Beseitigung der Vorrechte des Staatsanwalts sowohl im Vor- wie im Hauptverfahren. Wozu solche Bevorzugung der einen von zwei Parteien? Mit der Ausgestaltung der Berufung, wie die Vorlage sie vorschlägt, bin ich völlig einverstanden. Entschädigung sollte nicht nur für unschuldig erlassene Strafsaft, sondern ebenso für Unterdrückung gewährt werden, aber daran würde ich allerdings die Vorlage nicht scheitern lassen. Sich der Strafvollstreckung zuwenden, erkennt Nedner an, daß mit der „bebingen“ Verrechnung ein Antrag gemacht worden sei, daß mühte dieselbe, d. h. die zeitweilige Einstellung der Strafvollstreckung, nicht dem Staatsanwalt, sondern dem Richter anbeingegeben werden. Schließlich wünscht Nedner noch Reform der Pflege der Irrenanstalten, und eine gründliche, nicht zu sehr beschleunigte Verathung des bürgerlichen Rechts.

Abg. Graf v. Bernstorff (Lauenburg, Mecksp.): Die Arbeit des vorigen Jahres war jedenfalls keine vergebliche. Die Vorlage bringt gegen den bestehenden Rechtsstand wesentliche Verbesserungen: so vor Allem die Entschädigung unjähndig Beruhter und die Berufung. Doch in der ersten Instanz foran nur 3 Richter entscheiden sollen, statt 5, halte ich für keinen Nachtheil. Für richtig halte ich auch die Erhöhung der Kompetenz der Schöffengerichte und namentlich auch die Erziehung des Boreis durch den Nachb. Meine Freunde treten jedenfalls mit Wohlwollen an die Vorlage heran.

Abg. Stradhagen (Sgd.): Die Vorlage ist nichts weiter als ein fernerer Schritt zur Beseitigung des Rechtsstaates, zur Verelos-  
machung des Angeklagten und zu noch größerer  
Unterthanigkeit der Richter gegenüber den Staats-  
anwälten. Die Verurteilung und die Entschädigung  
unschuldig Verurtheilter bilden dazu nur die  
Verbrämung. Die Verurteilung will man nur,  
weil man fürchtet: unsere Rechtspflege ist trauf.  
Wäre sie das nicht, so würde man nicht nach  
mehr Zuständen rufen. Selbst die Entschädigung  
unschuldig Verurtheilter, welche die Vorlage  
bringt, ist nur ein Schein, denn die Vorlage be-  
schränkt das Wiederaufnahme-Verfahren und die  
Beweismittel begrenzt, daß es unschuldig Ver-  
urtheilte im Sinne dieser Vorlage kaum noch  
geben wird. Und wie erschweren Sie die Er-  
langung der Entschädigung, obwohl dieselbe ein  
Recht und nicht eine Gnade ist. Sie wollen  
eben keinen Rechtsanspruch ernstlich anerkennen.  
Nebener erwähnt eine Anzahl Fälle, wo Jemand  
billig unschuldig in Straf bezw. Untersuchung-  
shaft gefesselt habe, ohne Entschädigung. Und  
wenn Sie da noch nicht Entschädigung für  
unschuldig erlittene Untersuchungshaft gewähren

wollen, dann ist es un wahr, wenn die Theorie be-  
sagt, die Vorlage wolle gerechtere Strafverfol-  
gung. Im Wollte ist die Ueberzeugung Gemein-  
gut, daß wir keinen Rechtsstaat haben, zumal  
dann nicht, wenn so, wie es geschieht, gegen  
politische Gegner vorgegangen wird. In unzäh-  
lichen Fällen zeigt sich, daß ohne ausreichenden  
Grund gegen Leute eingeschritten wird, mit lang-  
dauernder Untersuchungshaft, welche — der her-  
kömmlichen Richtung unbecomend sind. Von einem  
ähnlichen Einschreiten gegen Andere hört man  
nichts. Auch hier führt Mebner verschiedene  
Fälle von Verhaftung ganz Unschuldiger an.  
Der Lenzmann hat den Fall Hammerstein er-  
wähnt. Nun, wer die Ansagen des Herrn  
Drecher und die Erklärung des Grafen Finken-  
stein gelesen hat, der wird eins für zweifellos  
halten: die Langsamkeit in diesem Verfahren,  
eine Langsamkeit, wie sie ganz erstaunlich ist und  
niemals einem Anderen gegenüber, einem politi-  
schen Redakteur gegenüber vorkommt. Und wie  
ist es möglich, daß der Staatsanwalt die An-  
zeige des Grafen Finkenstein wegen der Unter-  
schriftsfälschungen nicht verstanden hat und nicht  
geurtheilt hat, gegen wen sich eigentlich die An-  
zeige richten sollte. Bei solcher Verständnißlosig-  
keit wäre es doch angezeigt, daß die ganze  
Staatsanwaltschaft aus dem Rechtspredigungs-  
Organismus verschwinde. Wie rasch und ver-  
ständnißvoll geht man dagegen gegen uns vor,  
gegen den Abgeordneten Schippel, noch dazu zu  
zeiten, wo man uns dadurch behindert, hier  
unseren Pflichten nachzukommen. Welcher  
Gegensatz zwischen dieser Schnelligkeit und jener  
Langsamkeit, welche letztere gezeigt hat, wie man  
einen Prozeß verschleppen kann. Wie man heutz-  
tutage Unschuldige, welche unbecomend geworden  
sind, einfinkt und die Untersuchung verschleppt,  
damit die Leute recht lange in Haft sind oder  
damit sie wenigstens vor den Richter kommen,  
das zeigt sich u. A. auch in dem Vorgehen gegen  
den Redakteur Zonas, welcher über die Ge-  
staltung von Bordellen in Kiel während der  
Kanalarbeiter Mittheilungen brachte. Das Miß-  
trauen des Volkes gegen unsere ganze Rechts-  
pflege ist ein tiefes und berechtigtes wegen der  
Unterjochung der Rechtspflege unter die Ver-  
waltung. Ganz besonders merklich sind uns  
die Verleumdungsklagen in Fällen — wie bei dem  
Redakteur Naab — wo eine Verleumdung garnicht  
vorliegt. Die Kommission sollte alle Verleum-  
dungsklagen den Schwurgerichten überweisen.  
Die Kommission darf überhaupt nicht davon  
ausgehen: es muß etwas gemacht werden; die  
Kommission sollte vielmehr nur Gutem beistim-  
men und alle Verschlechterungen in der Vorlage  
ablehnen. Am besten wäre es, den gesamten  
gelehrten Apparat aus den Gerichten herauszu-  
bringen. Um so weniger können wir denn be-  
stimmen, daß die Vorlage das Laienwesen in der  
Rechtspflege noch mehr beschränken, die Zu-  
ständigkeit der Schwurgerichte noch mehr be-  
schränken will. Man muß die gemeinge-  
fährlichen gelehrten Richter vielmehr ganz  
beseitigen oder sie doch wenigstens von  
dem Staatsanwalt unabhängig stellen.  
Dann wird man wenigstens sagen können: es ist  
zwar Klassenstaat, aber doch nicht absoluten  
Staat, sondern Rechtsstaat.

Zufutzmittler Schönstedt; Wollte die Kommission von den Gesichtspunkten des Vorredners aus arbeiten, dann würde wohl ein Eingeblick nicht herauskommen. Ich glaube aber, daß Sie in Ihrer Mehrheit den Gesichtspunkten des Vorredners nicht beizukommen. (Beifall.) Auf die vielen Einzelfälle, welche der Vorredner angeführt hat, brauche ich wohl nicht einzugehen. In dem einen Falle (Meineidsfall in Hamburg) hätte aber ein Entschädigungsanspruch überhaupt nicht an den Staat, sondern nur an den Richter geltend gemacht werden können. Unklar ist mir auch die Vernehmung des klerikal Falles gelegentlich des Kanalfestes, ich vertheile seine Schlußfolgerungen nicht. Der Vorredner hat dann von der Abhängigkeit der Richter von den Staatsanwälten gesprochen. Er folgert diese Abhängigkeit aus dem Recht der Staatsanwälte, disziplinarische Muthrüge gegen Richter zu stellen. Aber daraus folgt doch keine Abhängigkeit der Richter von den Staatsanwälten. Um so weniger, als ja über Disziplinaranträge unabhängige Richter entscheiden. Die ganzen Ausführungen des Vorredners waren wohl nur auf den Zukunftsstaat zugeschnitten (selbsthe Feiertkeit) und ich glaube deshalb in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich sie unerwidert lasse. (Beifall.)

Hg. W e r n e r (Antisemit): Wir sind der Regierung dankbar für die Vorlage, die in ihren wenigen Paragraphen doch viele Vortheile gegenüber dem heutigen Zustande enthält. Die Presse ist der heutigen Justiz gegenüber heimaths- und rechtslos; auf die Besserung dieser Stellung wird Bedacht genommen werden müssen. Auch der Jrennpflege muß man größere Aufmerksamkeit zuwenden. Für die Schöffengerichte soll man nicht, wie heute so oft, junge Aeltern zu Vorsitzenden wählen. Die Kommission wird eine größere Aufgabe haben; nur mag man keine Leute wie Herrn Stadtgraben hineinwählen, der kein Recht hat, sich besonders als Vertreter des werthigenden Volkes zu bezeichnen.

Abg. Schמידt (Warburg (Zt.): Die Vorlage unterscheidet sich zu ihrem Nachteil von der vorjährigen und Herr Lenzmann betrachtet die Sache doch zu optimistisch, wenn er meint, die Regierung habe in wichtigen Punkten nachgegeben. Das ist nur in Nebenfragen geschehen; in allen Hauptpunkten hält sie an ihrem früheren Standpunkt fest. Ich möchte mit der Einführung der Berufung auf keinen Fall die fünf-männer-Kollegien fallen sehen, wie es die Vorlage fordert. Die Forderung würde für mich die Vorlage unannehmbar machen. Auch den Wegfall der Garantien des Verfahrens kann ich nicht billigen.

Justizminister Schönsiedt: Die Garantien des Verfahrens sind abhängig von der Wiedereinführung der Berufung, erfolgt diese, erscheinen die Garantien entbehrlich. Was dagegen die Belegung der Strafkammern betrifft, so erscheinen drei Richter anzeigend, weil die Arbeitsleistung der Strafkammern sich in Folge Erweiterung der Zuständigkeit der Schöffengerichte verringern wird. Außerdem muß auch in Betracht gezogen werden, daß die Belastung der Einzelstaaten in Folge der Mehranstellung neuer Richter eine zu große werden würde.

Abg. Bach (fr. Vb.): Der Vorwurf gegen die vorjährige Kommission, sie habe die Angelegenheit verschleppt, ist unbegründet. Das

bürgerliche Gesetzbuch hin ich anzunehmen bereit, weil ich ein so bedeutendes Werk nicht scheitern lassen möchte. Entgegen dem Abg. Lengmann möchte ich die Berufung dem Staatsanwalt nicht im gleichen Antrage wie dem Angeklagten zugeleihen. Hat die erste Instanz einstimmig den Angeklagten freigesprochen, so soll man dem Staatsanwalt die Berufung nicht gestatten, denn es ist dann die Möglichkeit gegeben, daß er in der zweiten Instanz mit 4 von 5 Stimmen verurteilt wird; dann haben 4 Richter für schuldig und 4 Richter für nichtschuldig gestimmt und trotz der Stimmungleichheit wird der Angeklagte verurteilt. Warum hat die Regierung den Beschluß der vorjährigen Kommission über die Zuständigkeit der Gerichte in Preßsachen nicht berücksichtigt? Es wäre am besten, für Preßprozesse das bayerische Gesetz zur Geltung zu bringen. Hoffentlich versucht man nicht, Bestimmungen in das Gesetz zu bringen, die es der Mehrheit des Hauses unannehmbar machen würde.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine besondere 21er-Kommission.  
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.  
Tagesordnung: Antrag Hitz-Gieber (3tr.); Arbeiter-Schutzbefimmungen und Antrag Rautk (konf.); Getreideversiaftlichung.  
Schluß 5<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

**Deutschland.**  
Berlin, 14. Januar. Mit auffallender  
Schrift bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die  
folgende Notiz:

Einzelne englische Blätter sind bestrebt, den Menschen zu erwecken, als ob von deutscher Seite entschuldigende Erklärungen in der Transvaal-Frage gegeben worden seien. Wir stellen demgegenüber fest, daß nach unseren Informationen von keiner maßgebenden Stelle aus eine derartige Erklärung nach London gelangt ist.

— Die Nachricht, daß dem Prinzen Friedrich Leopold ein einjähriger Urlaub bewilligt sei, wird von der „Nat.-Ztg.“ für unbegründet erklärt. Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold gehen nur auf 4 bis 6 Wochen nach Italien.

— Die diesjährigen Kaisermanöver werden sich in einem historischen Gebiete abspielen, nämlich zwischen Danzig und Götzke, und vorzugsweise recht hohe Anforderungen stellen. Auf der einen Seite werden bekanntlich das 5. und 6. Korps unter dem Befehl des Grafen Waldersee, auf der andern das 12. Korps (sächsisch), welches bekanntlich drei Divisionen zählt, und die 8. Division des 4. Korps unter Befehl des Prinzen Georg von Sachsen stehen. Für jede Armee werden, nach der „Nat.-Ztg.“, was 1895/96 bestimmten Gründen unterbleiben war, Armeestämme gebildet, in deren Händen auch die Leitung verbleibt. Es verlanget, dieser Wunsch sei vom Kaiser besonders betont worden. Viel Besuch von hohen Fürstlichkeiten ist in diesem Jahre nicht zu erwarten, um so mehr kann das Kriegsgemäße der Uebungen in sein Recht treten. Der Wunsch hat sich hierbei geltend gemacht, daß die sogenannten Mandöverfertigkeiten, wonach sie nicht ganz zu vermeiden sind, möglichst vom Beginn der Uebungen ihr Ende erreichen, sobald die Uebungen selbst von den künftigen Feinden in Bezug auf die Einsetzung bestimmter, im Voraus festgelegter Zeiten befreit sind und damit die großen Unannehmlichkeiten vermieden werden, welche bisher mehr oder weniger regelmäßig eintreten.

— Zur Frage des Disziplinarrechts der Privatdozenten ergreift nun auch der bekannte Professor der Theologie Georg Runze in der letzten Nummer der „Akademischen Blätter“ den Wort. Er bedauert, daß Prof. Hinjusch das Ideal möglicher Unabhängigkeit der Privatdozenten zu wenig vertreten habe, entschuldigt dies aber mit dem nächstliegenden Zwecke des Gutachtens, indem es sich in erster Linie um einen Schutz der Privatdozenten gegen diejenigen Einschränkungen handle, welchen sie in Folge ihrer unlären Stellung zur Fakultät dadurch ausgesetzt sind, daß sie an einigen Nachbarn autonomen Körperschaft theilnehmen, an andern nicht und daß die Grenze zwischen dem wirklichen Recht der Privatdozenten und einem Scheinrecht, welches als präkäre Gnade oder aus kollegialer Rücksicht ihnen nur ausnahmsweise zugewilligt wird, schwer zu ziehen sei. Prof. Runze sieht in der abweichenden Kundgebung der 53 Berliner Professoren keinen erfreulichen Schritt: man hätte, nachdem eine beruhigende Erklärung des Ministers bereits erfolgt war, den weiteren Gang der Dinge abwarten sollen, anstatt ihn zu trenzen.

Der Versuch einiger findiger Köpfe jenseits des Kanals, die Verurtheilung des Jansenismus Nanzuges durch die öffentliche Meinung Deutschlands zur Infanterie einer kleinen, mit dem Mittelstich des Patriotismus verbrühten Hebe gegen den deutschen Mitbewerber zu benutzen, wird in unserem Vaterlande im Allgemeinen ziemlich kühl und gleichmüthig betrachtet. Solche Kundgebungen pflegen, sofern sie ab irato gemacht werden, nicht gar lange vorzuhallen, und als bloßes Geschäftsmäander haben sie noch weniger Aussicht auf dauernden Erfolg. So wenig wie der englische Konjunktant aus schwärmerischer Neigung für Deutschland zum Aus-

ner der deutschen Industrie-Erzeugnisse geworden ist, so wenig wird er — es ist hier immer nur von der großen Masse, nicht von vereinzelten Ausnahmen die Rede — sich in einer momentanen patriotischen Wallung bauernd des Verbrauchs ihm durch Gewöhnung lieb gewordener Gegenstände entschlagen, bios weil sie den Stempel des „Made in Germany“ tragen. Wenn irgendetwas, so ist in diesem Falle von der Drohung bis zur Ausführung ein weiter Weg. Was an Verdrängungen und Herabsetzungen deutscher Industrie-Erzeugnisse, deutscher Arbeit, deutschen Geschäftsbetriebes nur irgend möglicher Weise geleistet werden konnte, um dem englischen Publikum eine heilsame Abneigung gegen alles Made in Germany beizubringen, das haben die auf den wunderbaren Aufschwung der deutschen industriellen Leistungsfähigkeit seit Inaugurierung der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit neidischen englischen Konkurrenten schon früher gründlich befocht, mit welchem Effekt, zeigt die immer sich wiederholende Forderung an die Regierung, den englischen Absatzmarkt, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in der Praxis möglichst hermetisch gegen den Import von

Auslande (ies: Deutschland) abzu sperren. Bis jetzt ist die englische Regierung dieser Forderung nicht näher getreten, wohl jedenfalls, weil sie die Ungangbarkeit nach dem an und für sich ihr vielleicht auch erwünschten Ziele einsieht. Die jetzige Spekulation der englischen Geschäftswelt auf den Jingoismus ihrer Landsleute wäre am Ende kein so ganz übler Einfall, wenn die Voraussetzungen, von denen sie ausgeht, nicht so völlig unhaltbar wären. Daß Deutschland den Engländern wegen der südafrikanischen Vorgänge unfreundlich und beleidigend begegnet wäre, ist eine willkürliche, bei den Haaren herbeigezogene Verduldigung, an die im Grunde auch kein verständlicher Mensch in England glaubt. Um so weniger wird die große Masse des kaufenden Publikums aus dieser Verduldigung die ihm von interessirter Seite nahe gelegten geschäftlichen Konsequenzen ziehen wollen, zumal der Grundsatz, da zu kaufen, wo man am reellsten und preiswürdigsten bedient wird, dem englischen Konsumenten nachgerade zur zweiten Natur geworden ist. Mindestens müßten von den Wortführern des Boyottirbegriffs ganz andere und stärkere Argumente ins Geseht gebracht werden, als sie bis jetzt produziren konnten, und damit hat es gute Wege, nachdem die durch den Jamboulin'schen Handstreich hervorgerufene Erregung ihren Höhepunkt längst überschritten hat.

— Der Generalfeldmarschall Graf von Blumenthal ist auf ärztliches Anrathen gezwungen, sich von allen Festlichkeiten dieses Winters fernzuhalten. In Folge dessen wird bei der Erinnerungsfeier am 18. Januar im hiesigen Schlosse ein anderer Träger des Reichspaniers bestimmt werden und auch eine Verschiebung der übrigen Träger der Reichsinsignien stattfinden.

**Posen, 14. Januar.** Aus Petersburg wird gemeldet: Der bisherige Kommandeur der 15. Infanterie-Division, General-Lieutenant v. Skalen, ist zum kommandirenden General des 4. Armee-korps ernannt worden.

**Oldenburg.** 14. Januar. In dem Befinden der Großherzogin traten gestern bei Seitenunterbrochenem Schlafe die körperlichen Leiden kaum in Erscheinung. In den Zwischenzeiten war die Großherzogin bei voller Klarheit des Geistes. Die letzte Nacht wurde gut durchschlafen und das subjektive Befinden hat sich gebessert.

**Mannheim, 14. Januar.** Der frühere Staatsminister und langjährige Präsident der zweiten Kammer, Dr. A. Lamey, ist hier heute Nacht gestorben.

August Zaneck, geboren am 27. Juli 1816 in Karlsruhe, studirte in Bonn, München und Heidelberg die Rechte, trat 1844 in den juristischen Staatsdienst, legte 1849 sein Staatsamt nieder, wurde Obergerichtsanwalt in Freiburg i. Br. und 1856 Professor der Rechtswissenschaft an der dortigen Universität. Z. war Mitglied der babilgen Zweiten Kammer 1848—52 und wieder 1859—72. Nach dem Sturze des Ministeriums Stengel wurde er 1860 zum Geheimrath und Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannt. Aus seiner Unmishgigkeit stammen das Gejes vom 9. Oktober iiber die rechtliche Stellung der Kircken im Staate und das Verwaltungsgejes vom 8. Oktober 1863 mit Einrichtung eines bürgerlichen Bezirksrates für Verwaltungsfreitigkeiten und des Verwaltungsgerichtshofes. Als in Folge der Ereignisse von 1866 das Kabinett Gelsheim zurücktrat, nahm auch Z. am 26. Juli seine Entlassung und unterstützte nun als Abgeordneter die nationalen Ministerien Mathy und Solty. 1871 in den deutschen Reichstag gewählt, schloß er sich dort der nationalliberalen Fraktion an, verzichtete aber 1874 auf eine Wiederwahl. 1875—93 war er Mitglied der babilgen Zweiten Kammer und seit 1876 deren Präsident. 1893 legte er Präsidium und Mandat nieder und zog sich vom politischen Leben zurück.

**Wünnenen**, 14. Januar. Die Kammer der Abgeordneten nahm einstimmig die Gesetzentwürfe, betreffend die Schuldverreibungen auf die Inhaber, und betreffend Abänderung des Notariatsgesetzes an. Hierauf wurde die Beratung des Etats der Staatsschuld begonnen. Dazu liegt ein Zentrumsantrag Söldner und Genossen vor, daß in der laufenden Finanzperiode eine Konvertirung von 120 000 000 Mark der allgemeinen vierprozentigen Anleihe und von 967 000 000 M. der vierprozentigen Eisenbahnschuld in eine dreieinhalbprozentige Schuld vorgenommen werden soll. Die Beratung dieses Antrages wurde nach einem längeren Bericht des Referenten Schubert am morgen vertagt.

**München**, 14. Januar. Laut Kommandanturbefehl wurde den Mannschaften des Antretens vor Offizieren und Unteroffizieren in öffentlichen Gastlokalen aufs neue eingeschärft, gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß die Erlaubniß, über Mitternacht auszubleiben, nicht mehr ertheilt wird. Wer trotzdem länger ausbleibt, wird mit fünf Jahren Arrest bestraft. Ferner wurde über 15 Wirtschaften, von denen anzunehmen ist, daß in ihnen dem Militär von dem Zivilpublikum die gehörige Achtung nicht entgegengebracht wird, das Militärverbot verhängt.

**Oesterreich-Ungarn.**  
**Prag, 14. Januar.** Landtag. Der Abg. Auß begründet einen Antrag, betreffend die Einrichtung von Wahlkurien. Nach längerer Debatte wird der erste Theil des Antrages, daß er an eine Kommission verwiesen werden soll, mit den Stimmen der Deutschen und des Großgrundbesizes angenommen. Der zweite Theil des Antrages, daß die Kommission nach 14 Tagen ihren Bericht erstatten soll, wird gegen die Stimmen der Deutschen und der deutschen Mitglieder des Großgrundbesizes abgelehnt.

**Perk. 1. Januar.** Abgeordnetenversammlung. Bei der Spezialdebatte über den Titel des Budgets „Ministerium für Kroatien“ erklärte Minister Tschepanitsch, er habe, seitdem er seine Stelle als ungarischer Minister in Kroatien bekleide, nach dem Ziele gestrebt, Vermittler zwischen Ungarn und Kroatien zu sein. Der Minister wies darauf hin, Kroatien selbst habe durch den Ausgleich seine Zuständigkeit zu Ungarn zu erkennen gegeben. Kroatien werde fälschlich antimagyarischer Tendenzen beschuldigt. Was die kroatische Autonomie betreffe, so sei diese seiner Zeit als Ausfluss der thätigsten Verhältnisse inakkurat worden. — Der

Titel wurde hierauf angenommen. — Das Haus ging sodann zur Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern über.

**Italien.**  
**Rom, 13. Januar.** Parlamentarische Kreie  
weisen der Nachrichr Glauben bei, Oberst Al-  
bertone und General Baratieri seien vorgehen  
aus der Festung Migrat ausgefallen und Albertone  
marschierte mit 6000 Mann zur Refognossirung  
nach Matalle. General Baratieri lagerte mit  
13 Bataillonen auf den Bergen von Ma-  
gumus.

**Spanien und Portugal.**  
**Madrid, 13. Januar.** Der Minister des Auswärtigen und der Finanzminister hatten eine lange Unterredung über die Zölle im Handelsverkehr mit Weinen.  
 Nach Drahtmeldungen aus Havanna griffen die Aufständischen die Stadt Managua an, wurden aber gütlichgeschlagen. Morimo Gomez ließ 30 Kilometer von Havanna einen Eisenbahzug an, zwang die Reisenden, auszufsteigen, und steckte das Wagenmaterial mit seinem Inhalt in Brand. In Havanna wurde ein Rekruten des „New York Journal“ verhaftet, weil er Waffenlieferungen an die Aufständischen vermittelt haben soll.

**England.**  
London, 14. Januar. Ein Kabinettsrath wird in dieser Woche abgehalten werden.

**London.** 14. Januar. Die „Times“ melden aus Newyork unter dem 12. d. M., die Versicherung, daß Lord Salisbury beschloffen habe, die auf die Venezuela-Frage bezüglichen Dokumente so bald als möglich zu veröffentlichen, habe einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen. Die Gefühle der Freundschaft für England und der Wunsch einer freundschaftlichen Beilegung des Streites hätten hier reich an Stärke gewonnen.

London, 14. Januar. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Malta:

Die erste Division des englischen Mittelmeer-Geschwaders ist, von Saloniki kommend, hier eingetroffen.

**Londo.** 14. Januar. Aus Transvaal liegen heute keine Nachrichten vor. Besorgniß erregte gestern in der City die Meldung von Massenverhaftungen in Johannesburg. Unter den Verhafteten befanden sich Vertreter fast aller großen Goldminen-Gesellschaften am Rand, darunter die Deutschen Langemann, Adler, Mosenthal, Sauer und Freder, sowie auch mehrere Amerikaner und Franzosen. Die Zahl der Verhafteten übersteigt angeblich 300. Es verlautet, die Burenregierung sei entschlossen, die Führer der aufständischen Bewegung streng zu bestrafen.

Die aufbeideutsche Stimmung in London be-  
ginnt nachzulassen, wozu der Briefwechsel zwischen  
der Königin und Kaiser Wilhelm viel beige-  
tragen hat.

Nus Newyork läßt sich „Daily Chron.“  
melden, daß ein gegen englische Interessen ge-  
richtetes Uebereinkommen zwischen Deutschland,  
Frankreich und Rußland im September, als  
Major von Moltke dem Zaren ein Handgelenk  
des Kaisers über dieser Gegenstand über-  
brachte, getroffen worden sei. Fürst Lobanow  
habe als Zwischenträger in den Unterhandlungen  
für eine Annäherung zwischen Frankreich  
und Deutschland gewirkt, die später durch einen  
Minister des Zaren bewerkstelligt worden sei.  
Als Ergebnis dieses angeblichen Ueberein-  
kommens würde, wenn ein britisches Gesandter in  
den venezianischen Gewässern erschienen wäre,  
das französische nordatlantische Geschwader  
prompt gesogt.

**Rumänien.**  
**Bukarest.** 14. Januar. Anlässlich des  
gefeierten Neujahrsfestes empfing der König die  
Glückwünsche des diplomatischen Korps, des  
Klerus und der Behörden. Ferner richtete der  
König einen Tagesbefehl an die Armee, der den  
Truppen für die erreichten Fortschritte den Dank  
des Königs auspricht. Am Neujahrsabend fand  
ein glänzendes Ballfest im königlichen Schlosse  
statt.

**Bulgarien.**  
Sofia, 14. Januar. Prinz Ferdinand von  
Koburg hat heute seine Reise in das Ausland  
antreten.

Amerika.

Washington, 13. Januar. Staatssekretär Diney telegraphirte an den Völkhafter der Vereinigten Staaten in London Bayard, er möge das englische auswärtige Amt eruchen, die englischen Vertreter in Afrika anzusehen, die dortigen Amerikaner unter ihren Schutz zu nehmen. Bayard antwortete, Staatssekretär Chamberlain habe ihn versichert, er habe den Gouverneur von Skotland angewiesen, denjenigen amerikanischen Stämmen, welche in die gegen die Nildelta erhobene Anklage wegen Aufstandes verwickelt und in Transvaal verhaftet sind, denselben Schutz wie den englischen Unterthanen angedeihen zu lassen. Dieser Despendenwechsel wird hier als Zeichen eines besseren Einverständnisses zwischen der englischen und amerikanischen Regierung angesehen.

Newyork, 13. Januar. Eine Depesche aus Havanna meldet, die Insurgenten hätten Vegas und San Francisco de Paula, beides Orte in Sicht der Stadt Havanna, in Brand gesteckt.

**Savanna**, 28. December. Gestern Abend fand eine großartige Kundgebung der vereinigten drei Parteien vor dem Regierungsgebäude statt. Die hervorragendsten Politiker Gomez und Montoro hielten Reden und baten General Campos, seinen Voratz, zurückzutreten, nicht auszuführen. Auf der großen Plaza de Armas vor dem Regierungspalast drängten sich Tausende, und lautlose Stille herrschte, als der General auf den Balkon trat und eine kurze Ansprache hielt, die von begeisterten Vivas unterbrochen wurde. Der Verlauf der Kundgebung bewies die Sympathie und das Vertrauen, dessen sich der General erfreut, das nur von seinen schlimmsten Gegnern, den Spaniern selbst, jenen von der Halbinsel hergehenden Schmuckrohren, denen der General zu reformfreundlich ist, nicht getheilt wird. — Die Aufständischen unter Maximo Gomez sind seit einigen Tagen in der Provinz











